

WE ARE HAPPY IN DEPENDENCE! #HappyInDependence

Zambia ist ein Binnenland und für seine Anbindung an die globale Wirtschaft von Strassen- und Eisenbahnverbindungen abhängig. Die Gewinnung und Verarbeitung von Eisen und Kupfer, aber auch von Salz und Baumwolle, sowie der innerafrikanische Handel beschäftigten bereits in vorkolonialer Zeit die Wirtschaft in diesem Raum.

Die Portugiesen, die auf der Suche nach Gold im 17. Jahrhundert nach Zentralafrika vordrangen, schufen die Verbindung zwischen den lokalen Ökonomien und der damaligen Weltwirtschaft. Das Vordringen anderer Europäer in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war gekennzeichnet durch die Konkurrenz wie die Zusammenarbeit britischer Missionare und Handelsagenten. Zehn Jahre brauchte Cecil Rhodes' *British South Africa Company* (BSAC), nachdem sie 1891 von der Britischen Krone das „Recht“, „*The Royal Charter*“, bekommen hatte, um das Gebiet in ihren Besitz zu nehmen.

Der Abbau von Kupfer und marktorientierte Landwirtschaft für die städtischen Zentren und die Minen kennzeichnen die koloniale Wirtschaft. Die Company kontrollierte Nordrhodesien, wie das Gebiet offiziell ab 1897 hiess, bis 1924, ohne viel in das Land zu investieren. Die einzigen grösseren Ausgaben der BSAC galten dem Bau einer Eisenbahn, die den Anschluss der Minengebiete und der Farmen an den südafrikanischen Wirtschaftsraum brachte.

1929 führte die britische Kolonialverwaltung das System der *indirect rule* ein. Dabei übersah sie bewusst, dass die traditionellen Autoritäten längst nur noch in einem Teil des Landes funktionierten. Vor allem die Arbeitsmigration und die Absiedlung der Afrikaner_innen in Reservate waren dafür verantwortlich.

Es entstanden bald afrikanische Organisationen, als religiöse Bewegungen, Unterstützungsvereine oder Standesvertretungen der *civil servants*. Sie wandten sich gegen soziale Diskriminierung und wirtschaftliche Benachteiligung, dienten aber auch als Werkzeuge der Beschwichtigung der sich bildenden neuen Elite.

Während die Bergbauunternehmen, die einen Teil ihrer Gewinn an die BSAC und an den Kolonialstaat abliefern mussten, sowie die grossen Farmer seit dem Ende des Ersten Weltkriegs gut verdienten – trotz der Wirtschaftskrise – verarmte die ländliche Bevölkerung. Hunger und Mangelernährung hatten Krankheiten und Arbeitsunfähigkeit zur Folge.

Die Bevölkerung der wachsenden Städte war besser gestellt, solange sie Arbeit im formalen Sektor (Bergbau, Handel, Verwaltung) fand. Allerdings versuchten die Unternehmen die Löhne so niedrig wie möglich zu halten, was wiederholt zu Streiks führte, die gewaltsam niedergeschlagen wurden. Das Zusammenleben von afrikanischer und weisser Bevölkerung war durch Apartheid, Rassismus und krasse Einkommensunterschiede gekennzeichnet

In den 1940er Jahren setzte eine sozio-politische Entwicklung ein, die durch zwei Tendenzen geprägt war: die nationalistische Forderung der afrikanischen Elite nach Beteiligung und Gleichberechtigung und das Bestreben der weissen Siedler, Selbstregierung samt Herrschaft über die lokale Bevölkerung zu erlangen. In diesem Zusammenhang bildeten sich Gewerkschaften und politische Vereinigungen, versuchten andererseits Siedler und weisse Arbeiter über ihre Vertreter in den politischen Gremien ihren Einfluss zu stärken. Die Vertreter der Europäer wollten im Legislativrat ihre Vorstellung von einem „rassischen“ (*multiracial*) Modell einer Verfassung durchzusetzen, bei dem Afrikaner und Europäer, unbeschadet ihrer Zahl, im Legislativrat gleich stark vertreten sein sollten. Dabei musste, wie es der weisse Gewerkschafter Roy Welensky formulierte, „*der Europäer der Seniorpartner bleiben*“. Den rund 16.000 Weissen, denen 1945 ca. 1,6 Millionen Afrikanerinnen und

Afrikaner gegenüber standen, ging es um die Sicherung ihrer Privilegien, die Landbesitz, Steuern und Förderungsmittel betrafen.

Der ANC (African National Congress), 1948 als *Northern Rhodesia African Congress*, gegründet, war die erste politische Partei der afrikanischen Bevölkerung und kämpfte für eine wirtschaftliche und soziale Besserstellung der Kolonisierten. Die Europäer Nordrhodesiens erwarteten sich eine Stärkung ihrer Position von einer Föderation mit Südrhodesien und Nyasaland. Die afrikanischen Nationalisten waren sich einig in der Ablehnung dieser Union und hätten sich eine solche nur unter der Bedingung der Einführung des allgemeinen Wahlrechts vorstellen können. Auch in London überwog Ablehnung des Siedlerprojekts. Mit Billigung Churchills entstand dann 1953 doch eine *Federation of Rhodesia and Nyassaland*.

Den Vorteil aus dem Zusammenschluss hatte Südrhodesien, das aus den Exportüberschüssen des Nordens seine Industrialisierung finanzierte. Die Ausweitung der Befugnisse der föderativen Regierung mit Sitz in Salisbury war ein deutlicher Schritt hin auf die Unabhängigkeit unter einer weissen Minderheitsregierung. „Unabhängigkeit“ und „*One man, one vote*“ standen als Forderungen der afrikanischen Bevölkerung gegen eine Siedlerregierung und ein kompliziertes „multirassisches“ Wahlsystem. Den teils gewaltsamen Widerstand der Bevölkerung beantwortete die Regierung mit Ausnahmezustand und Verhaftung politischer Akteure.

Die Proteste der Afrikaner_innen, die Unzufriedenheit der stark gewachsenen weissen Bevölkerung des Nordens und das Ausscheiden Nyassalands, das 1964 als Malawi unabhängig wurde, führten 1963 zum Zerfall der Föderation.

Die Wahlen Anfang 1964 gewann die von Kenneth Kaunda geführte UNIP, *United National Independence Party*, und am 24. Oktober 1964 wurde Nordrhodesien als Zambia unabhängig. Zambias Verfassung überliess Kaunda als Präsident und Regierungschef von Anfang an grosse Macht, und die Kontrolle durch das Parlament blieb unerheblich, solange die Partei des Präsidenten das Parlament kontrollierte. Es gelang Kaunda, der BSAC ihre Rechte günstig abzukaufen; in anderen Angelegenheiten war er weniger erfolgreich. Die ungleiche regionale und sektorielle Entwicklung verschärfte sich, der Rebellion religiös motivierter Bewegungen und dem Sezessionsbestreben der Westernprovinz trat er mit harter Gewalt entgegen. Vor allem aber litt Zambia unter den Boykottmassnahmen, die der „Einseitigen Unabhängigkeitserklärung“ Südrhodesiens folgte.

Das Binnenland Zambia war als Folge der Orientierung der Infrastruktur in der Kolonialzeit von Südrhodesien, Moçambique, Angola und Südafrika abhängig, alles Länder, die in den 1960er (und 70er) Jahren durch weisse Minderheitsregierungen oder koloniale Regime regiert wurden. Darunter litten die Exportwirtschaft, für die neue Ausfuhrwege über Tanzania ausgebaut werden musste, die Energieversorgung und die Landwirtschaft. Die Gesellschaften des „Hinterlands“, geprägt durch Subsistenzproduktion, blieben wie in der Kolonialzeit Lieferanten von Arbeitskräften, doch war aufgrund der Urbanisierung und der Umstellung auf kapitalintensive Produktion zusätzliche Arbeitskraft im städtischen Bereich kaum mehr gefragt. Die Kosten für Zambias politisch-wirtschaftliche Neuorientierung wurden zum Teil durch britische und internationale Hilfe, vor allem aber durch das steigende Einkommen aus dem Verkauf von Kupfer gedeckt. Hohe Kupferpreise in den 1960er Jahren waren eine Folge des Krieges, den die USA in Vietnam führten. Zambia wurde zum viertgrössten Kupferproduzenten der Welt, jedoch verstärkte sich damit auch die einseitige Abhängigkeit seiner Wirtschaft von diesem Produkt. Als 1969 die Nachfrage zurückging und ein Preisverfall bzw. stark schwankende Preise einsetzten, begann Kaunda mit einer Verstaatlichung, die bis 1975 eine Übernahme von 51% der Anteile, und damit die Verantwortlichkeit für die Geschäftsführung brachte.

Tatsächlich behielten die früheren Inhaber jedoch die technische und wirtschaftliche Kontrolle der Unternehmen.

Die 1970er Jahre brachten eine deutliche Verschlechterung der *terms of trade* und Dürre wie schlechte Organisation hatte Hungersnöte zur Folge. Die soziale Struktur bestimmte nicht nur der Gegensatz zwischen „modernisierten Regionen“ und „Hinterland“, sondern vor allem der immer grösser werdende Abstand zwischen einer Oberschicht von Beamten, Politikern, Farmern, Kaufleuten und Unternehmern und der breiten Masse der Bevölkerung. Der informelle Wirtschaftsbereich wuchs, ebenso wie der Anteil derer, die in in Slums leben mussten.

Kaundas Versuch, Land und Gesellschaft durch eine Art zambischen Sozialismus („*Humanism*“) mit Verstaatlichung und Vergesellschaftung zu reformieren, schlug ebenso fehl wie sein Widerstand gegen die neoliberalen Reformen der Internationalen Finanzinstitutionen. Mit der Verfassung der Zweiten Republik 1972 wurde Zambia ein Einparteienstaat. Die Bevölkerung reagierte mit Politikverweigerung; die Konflikte innerhalb der Partei nahmen zu. Proteste kamen von Seiten der Gewerkschaften, der Studenten und der *Watchtower*-Bewegung; Kaundas „realpolitische“ Annäherung an Südafrika und Rhodesien fand internationale Kritik.

Die Sanierungsmassnahmen von Weltbank und IWF hatten Einkommenskürzungen und Preissteigerung bei Grundnahrungsmitteln zur Folge. Es kam in den 1980er und 90er Jahren zu gewaltsamen Aufständen der städtischen Bevölkerung. Die Bauern andererseits hatten und haben von den neoliberalen Sanierungsmassnahmen keine Vorteile. Korruption und kriminelle Geschäfte hoher Beamter und Politiker brachten die Bevölkerung zusätzlich gegen die Staatsklasse auf.

1991 gab es erstmals wieder Wahlen, bei denen mehrere Parteien antraten. Entgegen den offiziellen Voraussagen kam es zu einem Sieg des *Movement for Multiparty Democracy* (MMD) und Gewerkschaftsführer Frederick Chiluba gewann die Präsidentschaft gegen Kaunda. Chiluba und seine Regierung zeigten beste Absichten und ernste Ansätze zu einer Bereinigung der Missstände in Zambia. Es gab jedoch bald parteiinterne Konflikte und Abspaltungen. Nepotismus und Bevorzugung von Kandidaten aus bestimmten Regionen wurden sichtbar. Der neue Regierungsstil war um nichts besser als der alte.

Wirtschaftlich geriet das Land, immer noch zu 90% auf die Exporterlöse aus Kupfer angewiesen, in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in immer grössere Bedrängnis. Zwischen 1992 und 2000 sank der Wert des Kwacha im Vergleich zum US-\$ von 50 zu 1 auf 4.700 zu 1. Die Privatisierung der Staatsunternehmen war verbunden mit Korruption und Bereicherung einerseits, mit Entlassungen und Betriebsschliessungen andererseits. Wiederholt zwangen die Gläubiger die Regierung zu Umschuldungen und Ansuchen um Schuldenerlass. Wiederholte Klimakrisen machen das Land, das früher ein Exporteur von Mais war, abhängig von Getreideimporten.

2001 folgte Levy Mwanawasa auf Chiluba; er verschärfte den neoliberalen Kurs weiter. Präsident Mwanawasa („*Mister Integrity*“) geriet bald in heftige Auseinandersetzungen mit den Spitzen der eigenen Partei: es gab häufige Ministerwechsel, einen Attentatsversuch, und die Aufhebung der Immunität seines Vorgängers, der gemeinsam mit „Freunden“ des Missbrauchs staatlicher Gelder beschuldigt wurde. Bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage war die neue Regierung keineswegs erfolgreicher als ihre Vorgänger. Dazu kamen Imageprobleme des Präsidenten, der journalistische Kritik sichtlich schwer ertrug. 2006 wiedergewählt, starb Mwanawasa Mitte 2008. Sein Nachfolger Rupiah Banda war in der Bevölkerung wenig populär, obgleich in dieser Zeit Zambia wirtschaftlich recht gut stand. Die Wahlen 2011 gewann Michael Sata mit seiner oppositionellen *Patriotic*

Front, aber auch er starb bereits 2014 im Amt. Ihm folgte Edgar Lungu, der sich 2015 und 2016 gegen Hakainde Hichilema von der oppositionellen *United Party for National Development* (UPND) knapp durchsetzte. 2021 sicherte sich Hichilema dann mit deutlichem Vorsprung vor Lungu die Präsidentschaft und auch seine Partei erreichte die Mehrheit im Parlament.

Sechs weitgehend friedliche Wahlen mit wechselnden Staatschefs und Regierungsparteien haben Zambia international guten Ruf beschieden. Nach den Krisenjahren der Pandemie wächst die Wirtschaft wieder; ungleich vielen anderen afrikanischen Staaten verzeichnet das Land eine positive Handelsbilanz, hat aber immer wieder Probleme mit der Zurückzahlung von Krediten und Anleihen.

Unter dem Titel „*HappyInDependence*“ übt ein Beitrag in ***Zambian Watchdog*** satirisch Kritik an der Abhängigkeit von externen Akteuren.